Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.70.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Klosterg. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pfg. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. (für Familiennachrichten 2c.), bes. 30 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Lobeck & Co.,
Hoflieferanten Seiner Majestät des Königs von Sachen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Altmarkt 2.**

Photographische **Apparate** in reichster Auswahl bei **Emil Wünsche** Moritzstr. 20 (Nähe der Maximilians-Allee). Ausführlicher Catalog nach auswärts gegen 20 Pfg. in Briefmarken.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

H. Niedenführ
Dresden, Wallstrasse 14.
Haupt-Niederlage
der Nähmaschinen- und Fahrrad-Fabrik vorm. Seidel & Naumann, Dresden.

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath, Wallstr. 8.

Sonnenschirme in **grösster Auswahl.** Schirmfabrik **C. A. Petschke,** **Wilsdrufferstr. 17.** **Annenstr. 9** (Stadthaus).

Nr. 139. Spiegel: Die vierten Bataillone im Reichstag. Hofnachrichten, Versicherungswesen, Gesammtrathssitzung. Lustmord, Distanzritt, Sommervariété, Gerichtsverhandlungen. Goethe's „Faust". | Muthmaßliche Witterung: Trocken, warm. **Mittwoch, 20. Mai.**

Für die Bade- und Reisesaison.

Die geehrten **Leser** der „Dresdner Nachrichten" in **Dresden**, welche unser Blatt durch die **hiesige Geschäftsstelle** beziehen und dasselbe nach den **Sommer-Aufenthaltsorten** nachgesendet zu haben wünschen, wollen der unterzeichneten Geschäftsstelle darüber Mittheilung zugehen lassen behufs **Ueberweisung** bez. Zustellung durch die Kaiserliche Post. Dem Ueberweisungsantrage ist deutliche Namens-, Orts- und Wohnungsangabe beizufügen, auch ist die erforderliche Ueberweisungsgebühr (im ersten Monat des Vierteljahres 60 Pfg., im zweiten Monat 40 Pfg. und im dritten Monat 20 Pfg.) nebst etwa noch zu entrichtender Bestellgebühr **vor der Abreise** an uns einzuschicken. Die werthen **auswärtigen Bezieher** (Post-Abonnenten) dagegen wollen sich in gleicher Angelegenheit nur an das **Postamt ihres Wohnortes** wenden, bei welchem ihr laufendes Abonnement erfolgt ist. Ueberweisungen innerhalb des deutschen Reichsgebietes werden seitens der Postämter gegen eine Gebühr von 50 Pfg., im Verkehr mit Oesterreich und fremden Ländern gegen eine solche von 1 Mark ausgeführt.

Für die auf Reisen befindlichen Leser unseres Blattes, welche ihren Aufenthalt und somit ihre Adresse häufig wechseln, bringen wir unser **Reise-Abonnement** in geneigte Erinnerung, durch welches ihnen an jedem Aufenthaltsort unser Blatt alltäglich von unserer Geschäftsstelle direct durch Kreuzband (bis 50 gr Gewicht = ca. 3 Bogen) bis in die Wohnung zugestellt wird. Der Bezugspreis eines Reise-Abonnements (einschl. der Versendungsgebühr) beträgt **monatlich** 2 Mark 40 Pfg. für Sendungen im Deutschen Reich mit Einschluß sämmtlicher **Bade- und Kurorte Oesterreichs;** 3 Mk. nach den Ländern im Weltpostverein.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten".
Marienstraße 38.

Politisches.

Seit langer Zeit erlebte der Reichstag am Montag, als die Vorlage über die vierten Bataillone zur ersten Verhandlung stand, wieder einmal eine große Sitzung. Die Tribünen waren überfüllt, die Tische des Bundesrathes voll besetzt. Selbst der Reichskanzler war erschienen und er ergriff sogar das Wort zu einer Erklärung, die eigentlich das einzig Bemerkenswerthe an der ganzen Verhandlung ist. Die Frage der Militärstrafprozeßreform hat in den letzten Wochen so viel Staub aufgewirbelt, daß die bestimmte Erklärung des Fürsten Hohenlohe, der Entwurf einer neuen militärischen Militärstrafgerichtsordnung, aufgebaut auf den Grundsätzen der modernen Rechtsanschauungen, werde im Herbst den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches vorgelegt werden, als befreiend und beruhigend mit lebhafter Befriedigung begrüßt werden muß. Vergeblich bemühte sich der Abg. Eugen Richter diese bedeutsame Erklärung des Reichskanzlers durch den Hinweis abzuschwächen, daß unsere Regierung dem Wechsel unterliegt und daß im Zickzackkurs bewegt und daß wir keine Garantien dafür haben, ob Fürst Hohenlohe im Herbste noch auf seinem Platze zu finden sein wird. Ganz so unrecht hat der freisinnige Führer hierin zwar nicht, aber gleichwohl darf man nunmehr die zuversichtliche Erwartung hegen, daß die Frage der Militärstrafprozeßreform, die von fast allen Parteien als unabweislich gefordert wird, in absehbarer Zeit ihrer Lösung entgegengeführt werden dürfte. Denn selbst wenn der jetzige Kanzler im Herbste nicht mehr am Ruder stehen sollte, so wird sich doch sein Nachfolger der Verpflichtung nicht entziehen können, das Versprechen des Fürsten Hohenlohe zu erfüllen. Nach den Worten des Fürsten Hohenlohe darf man annehmen, daß schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der verbündeten Regierungen in dieser Frage nicht mehr obwalten. Es ist seit lange allgemein anerkannt, sagte der Reichskanzler, daß unsere Militärstrafgerichtsordnung der Verbesserung bedarf und daß die deutsche Armee ein einheitliches Strafgerichtsverfahren nicht entbehren kann. Der Reichstag, mit Ausnahme der berufsmäßigen Opposition des radikalen Freisinns und der Sozialdemokratie, wird die Erklärung für genügend ansehen müssen und diese wird zweifellos dazu beitragen, das Zustandekommen der gegenwärtigen Militärvorlage, obwohl ein formeller Zusammenhang zwischen dieser und der Militärstrafprozeßreform nicht besteht, zu erleichtern. Denn letztere gehört, wie der nationalliberale Führer von Bennigsen bemerkte, zu den Imponderabilien, die auf die Stimmung und die gute Gesinnung zwischen dem Reichstage und dem Bundesrathe von Einfluß sind.

Wesentlich neue Gesichtspunkte für die Beurtheilung der Vorlage über die vierten Bataillone hat die erste Lesung nach keiner Richtung gebracht. Der preußische Kriegsminister beschränkte sich darauf, die Nothwendigkeit der Forderung, die vierten Halbbataillone durch Vollbataillone zu ersetzen, aus technisch-militärischen Gründen darzuthun. Er gab unumwunden zu, daß die Errichtung der vierten Bataillone ein Schritt in's Dunkle gewesen sei, der inzwischen als unrichtig erkannt worden ist. Jedenfalls ist dieser Schritt aber von vornherein ein sehr bedenklicher gewesen. Herr Bronsart von Schellendorff ließ dies durchblicken, indem er erklärte: eigentlich ist der Gedanke nicht zu vertreten, daß man die drei Bataillone gut auf Kosten eines vierten ausbildet, und man ist sich weiter nicht klar geworden, daß die vierten Bataillone füglich nicht in die erste Linie im Falle eines Krieges gestellt werden können. Nach der in der Begründung der Vorlage gegebenen Darstellung ist es unmöglich, mit den wenigen, nach Abgabe der Kommandirten zum Dienst verbleibenden Mannschaften der vierten Bataillone kriegsgemäße Uebungen abzuhalten; auf die gründliche, planmäßige Ausbildung der Kompagnie muß verzichtet werden; die ganze Ausbildung und militärische Erziehung der Unteroffiziere bleibt lückenhaft und oberflächlich. Dem Beurlaubtenstande wachsen in Folge dessen alljährlich etwa 13,000 Reservisten zu, die nur mangelhaft geschult und nicht vollwerthig sind. Im Interesse der Schlagfertigkeit des Heeres ist die Beseitigung dieses Uebelstandes ein dringendes Erforderniß. Die vierten Bataillone müssen in Truppentheile umgewandelt werden, welche im Kriege wie im Frieden dem übrigen Bataillone ebenbürtig zur Seite gestellt werden können.

Man sollte meinen, daß bei der Beurtheilung der gegenwärtigen Militärvorlage nur diese rein militärischen Gründe in Frage stehen können und daß es daher für den Reichstag nur darauf ankommt, zu prüfen, ob diese Gründe das Verlangen der Regierungen zu einem nothwendigen machen. Der Centrumsführer Lieber behandelt jedoch die Frage, ob an Stelle der als minderwerthig erkannten vierten Halbbataillone vollwerthige Vollbataillone zu setzen sind, lediglich als eine politische; die militärische Seite der Angelegenheit ist ihm gleichgiltig. Daher wußte er über die Vorlage selbst sachlich nicht ein Wort zu sagen, und so schwadronirte er über alle möglichen Dinge, die damit nichts zu thun haben, und dabei mit einem Pathos, als ob er die wichtigsten nationalen Interessen zu wahren habe. Vielleicht will er aber gerade durch seinen salbungsvollen Brustton verdecken, daß das Centrum diese Interessen niemals anders behandelt als vom Standpunkte des politischen Schacherjuden. Von jeher hat die ultramontane Partei militärische Vorlagen mit besonderer Vorliebe zum Gegenstande des Handelsgeschäftes gemacht und damit bewiesen, daß ihr weniger die Wohlfahrt und die Kriegstüchtigkeit der Armee, als die politischen Sonderinteressen der Partei am Herzen liegen. Lieber's Rede gipfelte in der Erklärung, daß seine Partei bereit sei, in eine ernste sachliche Prüfung der Vorlage einzutreten, aber sie nicht zu verabschieden, wenn ihr nicht die sichere Gewähr geboten werden kann, daß die zweijährige Dienstzeit durch die Vorlage nicht erschüttert wird. Was „sachliche Prüfung" einer Vorlage ist, dessen muß sich Herr Dr. Lieber wohl niemals während seiner politischen Laufbahn bewußt geworden sein; denn sonst würde er es wohl kaum „sachlich" nennen, die Frage der vierten Bataillone mit der zweijährigen Dienstzeit unlöslich zu verbinden. Die zweijährige Dienstzeit steht mit der gegenwärtigen Militärvorlage in gar keinem Zusammenhange, und mit gewohnter erfreulicher Energie hat daher der preußische Kriegsminister erklärt, daß er sich wenigstens für seine Person bindende Entscheidungen über die zweijährige Dienstzeit in seiner verantwortlichen Stellung unter keinen Umständen abzwingen lasse. Die zweijährige Dienstzeit ist durch Gesetz bis zum Jahre 1899 festgelegt, aber jedenfalls ist es heute noch zweifelhaft, ob in diesem Jahre die Sachverständigen ein abschließendes und endgiltiges Urtheil darüber werden abgeben können, ob sich die zweijährige Dienstzeit bewährt hat oder nicht. Wer will dafür, so fragte mit Recht der konservative Abg. von Podbielski, im Reichstage die Verantwortung übernehmen, wenn die militärischen Sachverständigen mit ihrem Urtheile noch nicht fertig sind? Wie die zweijährige Dienstzeit auf die Landwehr wirken wird, die erst im Ernstfalle zusammentritt, dafür fehlt jeglicher Anhalt, und es würde daher unverantwortlich sein, wenn die verbündeten Regierungen dem freisinnig-ultramontanen Verlangen, die zweijährige Dienstzeit schon jetzt gesetzlich festzulegen, stattgeben würden, während vielleicht später die militärischen Autoritäten die zweijährige Dienstzeit für unzulässig erklären und die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit fordern. Es bleibt also zum Mindesten fraglich, ob schon 1899 die zweijährige Dienstzeit ein Definitivum wird. Denn wenn in diesem Jahre die Militärverwaltung erklärt, sie habe damit zwar mehr günstige als ungünstige Erfahrungen gemacht, sei aber nicht so völlig von ihrer Güte überzeugt, daß sie sie dauernd verfassungsmäßig festgelegt sehen möchte, so würde doch auch die Folge die sein müssen, daß der Prüfungszeitraum noch über 1899 hinaus verlängert werden müßte.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 19. Mai.

* Reichenberg (Böhmen). Im Kögler-Prozeß erklärte der Gablonzer Polizeikommissar Hübner: Kögler war vor seiner Ausweisung aus Gablonz längere Zeit Polizeispion und hatte weitverzweigte Verbindungen mit der Verbrecherwelt. Die vermutheten Beziehungen Kögler's zu dem Rosenthaler Bombenattentate sind nicht sicher festgestellt. Die Kirchendienersfrau Waversich und deren Begleiterin erkennen in Kögler bestimmt jenen Mann, der die erstere angeschossen und beraubt hat.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung steht der Nachtragsetat für das südwestafrikanische Schutzgebiet. — Direktor der Kolonialabtheilung Dr. Kayser erinnert an die neueren Kämpfe in Südwestafrika, bei denen die deutschen Truppen unter Leitung des Leutnants Lampert die größte Tapferkeit bewiesen hätten, wofür ihnen auch die Allerhöchste Anerkennung bereits ausgesprochen worden sei. Man hätte meinen sollen, die Namaquas und Hereros hätten froh sein sollen, von dem Drucke der Witbois befreit worden zu sein, gleichwohl sei es jetzt zu einem Aufstande der Hereros gekommen. Von dort sei die Nachricht angelangt, daß es dringend geboten sei, mindestens 400 Mann dorthin zu schicken. Der Grund des Aufstandes seien nicht zum Mindesten die Nachrichten aus anderen afrikanischen Gebieten, vielleicht sogar diejenigen über europäische Niederlagen in Abessinien. Der Bericht Leutwein's werde bestätigt durch die Nachrichten aus Kapstadt und deshalb müßten wir seinem Rufe folgen. Die 2 Millionen, welche dem Reichstag abverlangt würden, seien das Mindeste, das nöthig ist. Wenn die 400 Mann am 31. Mai von Hamburg abgehen könnten, würde Leutwein über genügende Mannschaften, etwa 1200 Mann, ohne die Eingeborenen, verfügen. Es müsse unter allen Umständen auf die Herstellung eines dauernden Friedens hingewirkt werden. Er wolle heute nicht weiter auf den Werth unseres südwestafrikanischen Schutzgebietes eingehen, sondern nur bemerken, daß wir jetzt schon mehr als 200 Deutsche dort haben und daß die Zahl der Mitglieder unserer Schutztruppe, welche nach Ablauf der Dienstzeit dort bleiben, immer mehr zunimmt. — Abg. Richter (freis. Vp.): Wie sehr die Bankiers in Bezug auf die Ausgaben für Kolonialzwecke warten, sehen wir in Australien, und da verlangen Sie jetzt wieder 2 Millionen Mark, während andere, sogar Pensionsgesetze, an dem Widerspruche des Finanzministers scheitern müssen. Bis jetzt haben wir schon 5–6 Millionen für Südwestafrika aufgewendet und wenn wir die jetzige Vorlage bewilligen, werden es Ende dieses Jahres 10 Millionen sein. Die ganze Kolonie blüht, so lange wir Geld und Schutztruppen hinschicken. Wir sollten doch nichts mehr hineinstecken, denn unsere Nationalehre ist dabei verpfändet. Wir können es den Steuerzahlern gegenüber nicht mehr verantworten, noch mehr Geld dazu aufzubringen. Die Hereros, die Hottentotten und wie die anderen Bundesbrüder heißen, sind keinen Schuß Pulver werth. — Abg. Graf Arnim (Rp.): Gerade die Behandlung der Kolonialpolitik seitens Richters hat dem Lande Geld gekostet, denn nur sie hat das deutsche Kapital abgeschwächt. Ging es nach Herrn Richter, so müßten wir, wie einst die deutsche Flotte, Südwestafrika unter den Hammer bringen. Dagegen würde sich aber das deutsche Nationalgefühl aufbäumen. Wir haben allen Anlaß zu hoffen, daß sehr bald mit Hilfe dieser Truppe die Ordnung im Lande wieder hergestellt werde. Wir können es nur mit Freude begrüßen, daß ein großer Theil der Schutztruppe auch später dort bleibt und sich als Bauern im Lande wohlfühlt. Auf die Angelegenheit der englischen Gesellschaft will ich heute nicht eingehen, aufmerksam muß ich aber wenigstens darauf machen, daß der Direktor der Gesellschaft zugleich Direktor der südafrikanischen Chartered-Gesellschaft ist. Redner fragt noch an wegen Verurtheilung zweier Deutscher in Hongkong, erst zu Zuchthaus, dann nur zu Geldbuße. Sei das etwa nur ein Gnadenakt gewesen? — Staatssekretär v. Marschall erklärt, daß nur ein kurzes Telegramm von Hongkong vorliege, dessen schon bekannten Inhalt er wiedergiebt; er bittet, erst den Bericht des dortigen Konsuls abzuwarten. — Abg. Hasse (nl.) bittet, die Vorlage nicht erst an eine Kommission zu verweisen, da man den Berichten Leutwein's doch volles Vertrauen schenken dürfe. Auch er hoffe, der Schutztruppe werde es gelingen, bald Ordnung zu schaffen. — Abg. Förster (Ref.) tritt ebenfalls für die Forderung ein. — Abg. Prinz Arenberg (Centr.): Meine Freunde erkennen die hier vorhandene politische Zwangslage an und werden die geforderte Summe bewilligen, in der Erwartung, daß uns in der Kommission alle erforderlichen Erläuterungen gegeben werden. — Abg. Graf Limburg-Stirum drückt Namens der Konservativen deren Sympathie für die Vorlage aus, will aber, daß in der Kommission die Voraussetzungen klargestellt werden. — Abg. Richter: Dem Abg. Förster gefalle das Südwestafrika wohl gut, weil diese Kolonie jubentrein sei (Heiterkeit). Dann möge er doch seine Gesinnungsgenossen veranlassen, dorthinzugehen (Heiterkeit). Immer hinüber, meine Herren (Heiterkeit)! Aber hier handelt es sich um das Geld der Steuerzahler. — Abg. Förster (Antis.): Wenn Herr Richter uns rathen will, wir sollten unsere Gegner dorthin abschieben, dann könnten wir mit ihm Hand in Hand gehen. Daß das Allerweltsvolk sich in großer Zahl auch schon in jenen Gegenden befindet, könnte Herr Richter aus den Schilderungen über die Diamantfelder entnehmen. Ein formeller Antrag auf kommissarische Berathung wird von keiner Seite gestellt. Es folgt daher sofort die zweite Lesung, in welcher die Vorlage debattelos angenommen wird. — Abg. v. Bennigsen (nl.) schlägt vor, in einer auf heute Nachmittag anberaumten Sitzung noch die dritte Lesung folgen zu lassen. Widerspruch hiergegen erhebt sich nicht. Zur dritten Berathung steht sodann die Vorlage, betreffend den Abgabentarif für den Nordostseekanal. — Abg. Jebsen (nl.) befürwortet allgemeine Herabsetzung des Tarifs sowohl für größere wie für kleinere Schiffe. Je einfacher ein Tarif, desto besser. — Staatssekretär v. Bötticher: Von dem Prinzip, je einfacher der Tarif, desto besser, haben wir uns schon bei der provisorischen Aufstellung des Tarifs leiten lassen. Wenn die Benutzung des Kanals nicht nach Wunsch zugenommen hat, so mag das mit an der Höhe des Tarifs liegen und wir werden da korrigiren müssen. — Abg. Dr. Hahn (kons.) wünscht zum Schutze unserer Küstenschiffer die differentielle Behandlung der holländischen Konkurrenz bei dem Kanaltarif. — Abg. Rickert (freis. Ver.): Diese gegen die holländische Konkurrenz gerichtete Resolution sei damals nur aus Versehen angenommen worden; die verbündeten Regierungen könnten unmöglich auf dieselbe eingehen. — Staatssekretär v. Bötticher: Wollen wir, wie das 1886 der Fall war, die holländische Flagge schlechter stellen als die deutsche, so würde das als ein feindseliger Akt erscheinen, der doch mindestens durch irgend einen gleichartigen Vorgang von der anderen Seite gedeckt sein müßte. Wir haben bei Eröffnung des Kanals denselben neidlos allen Völkern zur Benutzung gegeben und an eine differentielle Behandlung hat dabei Niemand gedacht. Die Vorlage wird definitiv angenommen. — Die Wahl des Abg. v. Dziembowski wird beanstandet, die des Abg. Grafen v. Bismarck für giltig erklärt und an Stelle eines aus der Reichsschuldenkommission ausgeschiedenen Mitgliedes der Abg. Schall (kons.) in diese Kommission gewählt. — Nach einer halbstündigen Pause beginnt um 4 Uhr die neuanberaumte Sitzung mit der Tagesordnung: Dritte Lesung des Nachtragsetats für Südwestafrika. Die definitive Annahme der Vorlage erfolgt debattelos. — Nächste Sitzung, Dienstag den 2. Juni 2 Uhr: Nachtragsetat für das Auswärtige Amt, Neuguinea, Vertrag mit Japan und Depotgesetz.

Berlin. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht nachstehenden Erlaß des Kaisers: „Aus Anlaß der Wiederkehr des Tages, an welchem vor 25 Jahren der ruhmreiche Frankfurter Friede geschlossen wurde, sind Mir aus dem deutschen Vaterlande von Veteranen, Kriegervereinen und festlichen Vereinigungen patriotischer Reichsbürger zahlreiche Telegramme zugegangen, in welcher der Treue für Kaiser und Reich, der Freude über die großen Errungenschaften des bedeutungsvollen Zeitabschnittes und der Hoffnung auf eine weitere friedliche Ausgestaltung deutscher Macht und Größe begeistert Ausdruck gegeben ist. Vielfach war damit die Meldung verbunden, daß die Feier zugleich benutzt wurde, um die Erinnerung an jene große Zeit durch die Errichtung weiterer Denkmäler und Denkzeichen für den in Gott ruhenden Heldenkaiser Wilhelm den Großen und die auf dem Felde der Ehre gefallenen treuen Söhne des Vaterlandes für alle Zeiten festzuhalten. Ich bin durch diese Kundgebungen herzlich erfreut worden und spreche allen Betheiligten auf diesem Wege Meinen kaiserlichen Dank aus. Ich ersuche Sie, diesen Erlaß alsbald zur öffentlichen Kenntniß zu bringen. Pröckelwitz, den 17. Mai 1896. Wilhelm I. R. An den Reichskanzler." — Die beiden Häuser des Landtages hielten heute Sitzungen ab. Das Abgeordnetenhaus, dem eine Mittheilung des Landwirthschaftsministers, betreffend die Bewachtung des Bernstein-Regals in dem Prozeß Westphal zugegangen ist, beschloß, den Kommissionsvorschlag zu dem Antrag Krause entsprechend, die Regierung um baldigste Vorlegung eines Gesetzentwurfes, betreffend Reorganisation der Medizinalbehörden zu ersuchen. Der Antrag, betreffend die Bestimmungen über den Betrieb in Bäckereien und Konditoreien wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Dann vertagte sich das Haus bis zum 9. Juni. — Das Herrenhaus nahm die Vorlage wegen Erhöhung des Be

Friedrich & Glöckner. Neu eröffnet Filiale Dresden-N., Bankstrasse 27b (Nähe Markgrafenstr.) Lacke, Firnisse, Oel- und Schmelzfarben, Leimfarben, Pinsel.